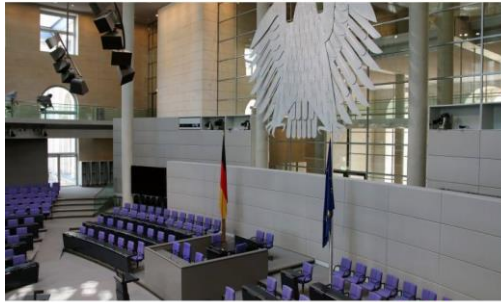


## Bald über eine Million wohnungslose Menschen

Bereits jetzt sind Hunderttausende in Deutschland wohnungslos, vor allem in den Großstädten schlafen Zehntausende als Obdachlose unter freiem Himmel – auch im Winter. Und es werden immer mehr. Vor elf Jahren lag die Zahl der Wohnungslosen in Deutschland noch bei rund 227.000 – seither ist sie rasant angestiegen. So verfügten im Jahr 2016 etwa 860.000 Menschen über keinen mietvertraglich abgesicherten Wohnraum. Die meisten von ihnen leben in Übergangswohnheimen, Notunterkünften und Frauenhäusern oder kommen vorübergehend bei Freunden unter. 52.000 Menschen schlafen aber auch als Obdachlose ohne Dach über dem Kopf auf der Straße. Allein in diesem Winter sind mindestens elf von ihnen an der Kälte gestorben, seit der Wiedervereinigung

Alle Daten und Erhebungen beruhen dabei auf Schätzungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAGW), in der Kommunen und freie Träger der Wohnungslosenhilfe organisiert sind. Auf Bundesebene fehlen offizielle Zahlen. Offenbar will kaum jemand das Ausmaß wirklich wissen.

## NEIN ZUR DIÄTENERHÖHUNG! POLITIK FÜR'S VOLK, STATT FÜR DIE EIGENE TASCHEN.



### RICHTIG EHRLICHE POLITIK



Wenn man sich im Bundestag mal einig ist, dann bei den Diäten. Die 709 Bundestagsabgeordneten können verschiedenen Medienberichten zufolge von Juli an mit einer Erhöhung ihrer Diäten um drei Prozent rechnen. Das berichtet Medien unter Verweis auf die vom Statistischen Bundesamt errechnete Erhöhung der Nominallöhne im vergangenen Jahr. An diesen Wert sind die Diäten gekoppelt. Nach den vorläufigen Zahlen würden die Bezüge um fast 300 Euro auf 10.073,69 Euro brutto im Monat steigen.

Das Plus wirke sich auch auf die Pensionen der Abgeordneten aus. Künftig betrage der Pensionsanspruch pro Mandatsjahr 251,84 Euro – zahlbar ab 67 Jahren.

## Rund 30 % der abgeschobenen Asylanten reisen wieder ein

Ein großer Teil der abgeschobenen Asylbewerber kommt wieder zurück nach Deutschland. Hiervon gehen Sicherheitskreise in Deutschland aus. Die Quote der Rückkehrer ist quer durch die Bundesländer verschieden, aber durchschnittlich kann von einem Drittel Rückkehrer ausgegangen werden. In Baden-Württemberg reisen z.B. 30 bis 50% wieder ein.

Bei den Rückführungen in die EU-Mitgliedsstaaten nach der Dublin-Verordnung liegt die Quote bei 30 bis 40 Prozent. Aus dem Bundesinnenministerium heißt es in diesem Zusammenhang, dass es keine Statistiken zum Umfang der Wiedereinreise von Abgeschobenen gibt. Daher seien auch keine belastbaren Angaben möglich. Schätzungen aus Landesbehörden besagen, dass bei ungefähr jeder dritten Rücküberstellung innerhalb Europas eine Wiedereinreise erfolgt. Bei Abschiebungen in Herkunftsländer außerhalb Europas dürfte aber die Wiedereinreisquote deutlich niedriger liegen. Auch hieran zeigt sich wieder deutlich, wie notwendig eine Abschiededatei ist, auf die alle Bundesländer zugriff haben.

## IS-Kämpfer: Abschiebungen nach Deutschland geplant

Geht es nach den USA, dann könnten bald IS-Rückkehrer nach Deutschland einreisen, denn Deutsche Staatsbürger haben das Recht, wieder nach Deutschland einzureisen, selbst wenn sie freiwillig in das Gebiet des "Islamischen Staates" ausgereist sind. Unser Land könnte deutsche ehemalige IS-Kämpfer also nicht an der Grenze zurückweisen.

Es geht aber noch weiter: Grundsätzlich können laut Bundesinnenministerium deutsche Staatsbürger auch von einem Land, in dem sie sich befinden, nach Deutschland abgeschoben werden. Laut verschiedener Universitätsprofessoren wäre eine Abschiebung von deutschen Staatsangehörigen aus Syrien oder Irak nach Deutschland nicht zu verhindern.

Eine Möglichkeit die Rückkehr zu verhindern oder zu verzögern wäre es, wenn IS-Kämpfer in den jeweiligen Ländern verurteilt würden, in denen sie inhaftiert sind. Voraussetzung hierfür muss aber die Wahrung der rechtsstaatlichen Maßstäbe und ein konsularischer Zugang zu den Betroffenen sein. Dementsprechend hat der Irak laut Bundesinnenministerium bereits ein von Deutschland anerkanntes Strafverfolgungsinteresse gegen einige deutsche IS-Kämpfer geltend gemacht.

Außenminister Maas (SPD) will jetzt erreichen, dass Islamisten nur dann nach Deutschland zurückkommen dürfen, wenn sie unmittelbar in Untersuchungshaft kommen. Das ist aber wiederum nicht einfach und typisch für Ideen der SPD. Das geht nur, wenn gerichtsfeste Beweise dafür vorliegen, dass die Rückkehrer Straftaten in Syrien begangen haben, dass sie sich etwa einer terroristischen Vereinigung angeschlossen haben.

Laut Bundesinnenministerium sitzt derzeit eine größere zweistellige Zahl von deutschen Männern, Frauen und Kindern alleine im Gewahrsam von kurdischen Soldaten. Laut Ministerium liegen nur gegen sehr wenige von ihnen Haftbefehle vor. Damit wäre bei einer Abschiebung nach Deutschland eine sofortige Inhaftierung nicht oder kaum möglich. Mehr als 1000 Menschen sind nach Kenntnis der Sicherheitsbehörden seit 2013 aus Deutschland in Richtung Kriegsgebiet Syrien und Irak ausgeweicht, um sich dort an der Seite von terroristischen Gruppen zu beteiligen. Rund ein Drittel dieser Personen ist laut Bundesinnenministerium bereits nach Deutschland zurückgekehrt. 270 Frauen und Kinder aus Deutschland oder in vielen Fällen auch dort geborene Kinder deutscher Eltern, sind noch in der Region Syrien/Irak. Zumindest von den Männern und Frauen geht eine immense Gefahr aus, da sie kampferfahren sind und als Fanatiker gelten.

# Deutschland REP-ORT

Onlinezeitung der Republikaner

**DIE**  
**REPUBLIKANER** **REP**

## Erfolgreiche Aufstellungsversammlungen in Rheinland-Pfalz

In Rheinland-Pfalz fanden bereits mehrere erfolgreiche Aufstellungsversammlungen unserer Partei statt. Damit wurden die ersten wichtigen Schritte für die Teilnahme an den Kommunalwahlen gelegt und weitere sind geplant. Jetzt folgen auch dort die wichtigen Unterschriftensammlungen, damit unsere Partei auf den Wahlzetteln erscheinen darf. Sollten Sie aus Rheinland-Pfalz kommen und die dortigen Parteifreunde bei Ihrer Arbeit unterstützen wollen, dann wenden Sie sich bitte an den dortigen Landesverband: rp@rep.de

## 1700 Straftaten bei Protesten im Hambacher Forst

Linksextremisten übernehmen immer mehr die Oberhand bei Protesten im Hambacher Forst. Laut NRW-Innenministerium sind in den Jahren 2015 bis 2018 knapp 1700 Straftaten begangen worden. Teilweise kommen die Waldbesetzer sogar auch aus dem Ausland. Zutreffend haben einige Politiker im Landtag von NRW bereits ausgeführt, dass bei über 40 Branddelikten im Wald nicht mehr die Rede davon sein könne, dass es den Besetzern um den Umweltschutz gehe - und angesichts von 102 Körperverletzungen auch nicht von Friedfertigkeit. Es sind Taten, die einer gewalt- und zerstörungsaffinen Straftätergruppe zugerechnet wird, die der linksradikalen Szene zugerechnet werden. Damit sorgen wieder einmal linksverwirrte Chaoten dafür, dass aus einem guten Grundgedanken ein schlechtes Ergebnis wird. Bereits frühzeitig haben wir Republikaner uns für den Erhalt des Hambacher Forst ausgesprochen, genauso wie viele andere Bürgerinnen und Bürger, die sich gegen die Rodung positioniert haben. Nun geraten aber die Proteste in ein Fahrwasser, dass gezielt von gewaltbereiten Berufsdemonstranten geprägt wird.

## Spezialdemokraten mit Abgrenzungsschwächen

In Düsseldorf-Eller demonstrierten vor zwei Wochen wieder medienwirksam einige hundert Personen. Dabei zeigten rote und grüne Vertreter der Altparteien ihren fehlenden Abgrenzungswillen gegenüber Linksextremisten. Antifa, SPD, Grüne, Linke und DKP gab es an diesem Tag wieder im Verbund. Im weiteren Verlauf folgte dann ein Spaziergang der Spezialdemokraten mit Kommunisten, vom Verfassungsschutz als Linksextremisten eingestufte Vereinigungen und Deutschlandhassern durch den Stadtteil. Ein Grußwort des Oberbürgermeisters dürfte natürlich nicht fehlen. Laut Polizei wurden mehrere Personen in Gewahrsam genommen, was bei solchen Demonstranten nicht wirklich verwundert.

Hierzu führte der Düsseldorfer REP-Stadtrat Maniera aus: Während regelmäßig bei unseren oder anderen Kundgebungen kritischer Bürgerinnen und Bürger gefordert wird, dass sich Teilnehmer von vermeintlichen Rechtsextremen distanzieren sollen, so praktizieren es die Fordernden bei Ihren Veranstaltungen natürlich nicht. Am vergangenen Samstag sprachen die SPD-Vorsitzende aus Eller und der Oberbürgermeister der Stadt im Doppelpack auch vor Teilnehmern der DKP, Antifa und anderen verfassungsschutzüberwachten Vereinigungen. Durch ein solches Verhalten werden Linksextremisten und andere Deutschlandhasser nicht nur in ihrem Handeln bestärkt, sondern in die Mitte der Gesellschaft geholt, in die sich sicherlich nicht gehören.

Zum Glück dürften nach der Kommunalwahl 2020 die Mehrheiten in Düsseldorf weniger linkslastig ausfallen. Wir Republikaner werden wieder als Gegenpol zu den Altparteien an der Wahl teilnehmen.

## Maaßen spricht über Linksextremismus

Begeisterter Applaus erhielt der frühere Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen, vonseiten der Teilnehmer einer Veranstaltung der Werte Union in Köln. Dabei sprach er deutlich das Ungleichgewicht bei der Behandlung von linken und rechten Extremisten an. Wohl auch wegen seiner unbequemen und ehrlichen Art wurde er aus seinem Amt entfernt, denn er sprach ein Problem an, welches seit langer Zeit die Politik in unserem Land belastet und das Handeln linke Extremisten legitimiert.

## HEIMAT GESTALTEN - REPUBLIKANER WERDEN



Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. Hier gelangen Sie zum Mitgliedsantrag unserer Partei: <https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>

Spenden für  
Deutschland >



## Spendenkonto:

DIE REPUBLIKANER (REP) Postbank Dortmund,

IBAN:DE6044 0100 4603 8745 0460 BIC: PBNKDEFFXXX

Impressum: DIE REPUBLIKANER - Postfach 87 02 10 - 13162 Berlin - V.i.S.d.P.: Kevin Krieger

## Kontaktaufnahme:

Tel.: 0211 – 995 487 94 oder kontakt@rep.de

[Informieren Sie sich über unsere Arbeit](#)

Ich möchte mehr über die Partei erfahren.

Bitte laden Sie mich zu einer Veranstaltung ein.

Ich möchte Mitglied werden.

## VERANSTALTUNGSKALENDER

### Sehen Sie hier einig kleine Übersicht von Veranstaltungen, die nicht abschließend ist

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Regelmäßige Veranstaltungen im Raum Karlsruhe. Weitere Informationen unter:725472375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Erding:** Stammtisch jeden dritten Freitag im Monat ab 19.30 Uhr beim Lindenwirt in Erding/Bergham (Nähe S-Bahn-Station Aufhausen). Info unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Kissing:** Politischer Stammtisch, jeden ersten Montag. Beginn 19.30 Uhr, Gaststätte Relax't, Peterhofstr.15, 8438 Kissing.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Kreisrat: Tel. 09191/31880.
- **Kassel:** Vierwöchentliches Informationstreffen unserer Partei. Infos unter: Tel. 0661/603746,
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Freitag im Monat, um 19.30 Uhr. Interessenten können Sie beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax 0211-6022383.
- **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep.nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.30 Uhr, Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Viersen:** Monatliche Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Viersen. Infos unter: viersen@rep.de
- **Mönchengladbach:** Monatlicher Infoabend des lokalen REP-Kreisverbandes. Informationen erhalten Sie unter: moenchengladbach@rep.de
- **Sachsen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de oder www.sachsen-rep.de
- **Vorpommern-Rügen:** Monatlicher Stammtisch. Infos unter mk@rep.de oder 01525-2905788
- **Hannover:** Monatlicher Informationsabend der Republikaner Hannover. Interessenten können sich melden unter: niedersachsen@rep.de



## Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER(REP)  
Postfach 140407  
40074 Düsseldorf

## Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen: 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Tel. (0211) 995 487 94 • Fax (0211) 995 487 13 • bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl Wohnort

Telefon Telefax

E-Post

Konfession / Beruf / Tätigkeit Geburtsdatum

Frühere Parteimitgliedschaft in ... /von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen

Datum / Unterschrift

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post  
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Betrag (€ pro Monat) Zahlungsart Zahlungsrythmus Beitrag mind. **10.00 €** monatlich, bzw. **5 €** für Rentner, Azubis, Studenten und Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.

Überweisung  Lastschrift  jährlich  halbjährlich

### Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut BIC/Swift-Code

IBAN

Datum / Unterschrift

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
<b>Kreisverband</b>	<b>Bezirksverband</b>	<b>Landesverband</b>	<b>Bundesverband</b>	Datum EG
Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	EDV
Unterschrift	Unterschrift	Unterschrift	Unterschrift	Ausw.
				<b>Mitgl.nr.</b>